DEUTSCHE MEDICINISCHE WOCHENSCHRIFT.

Mit Berücksichtigung der öffentlichen Gesundheitspflege und der Interessen des ärztlichen Standes.

Erster Jahrgang.

Redacteur Dr. P. Börner.

Druck und Verlag von G. Reimer in Berlin.

I. Das Reichsgesundheitsamt.

I.

Berlin, 16. November. Nachdem „durch die Beschlüsse des Reichstages vom 6. April 1870 und 27. November 1871 dem Reichskanzler mehrere die öffentliche Gesundheitspflege betreffende Petitionen theils zur Kenntnissnahme und eventuellen weiteren Veranlassung, theils zur Berücksichtigung und mit dem Ersuchen überwiesen waren, auf Grund des Artikels 4 Nr. 15 der Reichsverfassung dem Reichstag einen Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltungs-Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege im deutschen Reiche vorzulegen“, war das Impfgesetz die Veranlassung für folgende im Reichstage angenommene Resolution der Herren von Winter und Genossen:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen im Verfolg des Beschlusses des Deutschen Reichstages vom 27. November 1871 und mit Rücksicht auf die durch das Impfgesetz begründete Nothwendigkeit die Oberaufsicht über das Impfwesen wirksam und einheitlich zu handhaben, die Errichtung eines Reichsgesundheitsamtes thunlichst zu beschleunigen.“

Bei der Debatte über diese Resolution sprach sich der Präsident Delbrück über die Aufgabe eines solchen Reichsgesundheitsamtes und zwar auf Grund „vorläufiger Besprechungen“ im Bundesrathe dahin aus, dass von vornherein daran gar kein Zweifel vorhanden gewesen sei, einem solchen Organe seien irgend welche verwaltende Befugnisse nicht beizulegen. Dasselbe würde aber auch, so fährt derselbe fort, nicht in der Lage befinden, ein Netz von verwaltenden Beamten über das Reich auszubreiten und dadurch die Action der berufenen Behörden der einzelnen Staaten zu durchkreuzen. Als ein Bedürfniss sei zum Theil schon hervorgetreten und werde in Zukunft noch mehr betont werden, sowohl für das Reichskanzleramt, als für den Bundesrath ein ständiges beratendes Organ zu schaffen, welches einmal das Reichskanzleramt und den Bundesrath in der Beaufsichtigung der Ausführung der in den Kreis der Medicinal- und Veterinärpolizei fallenden Maassregeln, sowie bei der Vorberathung legislativer Maassregeln zu unterstützen und endlich als Centralstelle für die medicinische Statistik zu dienen habe.

Mit dem Programm, welches Herr Delbrück entwickelte, waren selbst die Antragsteller im Allgemeinen einverstanden und protestirten

lebhafte gegen die Annahme, als sei es ihre Absicht, eine neue Behörde mit einer bürokratischen geregelten Executive einzuführen.

Die erste Frucht dieser parlamentarischen Erörterungen ist bekanntlich die Einsetzung einer Reichs-Commission gewesen, der die Aufgabe gestellt wurde:

„Sich mit Rücksichtnahme auf die Aeusserungen der Landesregierungen über den zunächst zu erstrebenden Umfang und die Ausführungsmodalitäten einer Medicinalstatistik für das deutsche Reich unter Beifügung der erforderlichen Formulare gutachtlich zu äussern.“

An diejenigen Vorschläge der Commission, welche sich auf dem rein medicinalstatistischen Gebiete bewegten, schloss sich dann in durchaus sachgemässer Ergänzung der Entwurf eines Gesetzes über die Anzeigepflicht bei ansteckenden und gemeingefährlichen Krankheiten, sowie eines Gesetzes über die Einführung der Leichenschau im Deutschen Reiche an.

Der Ausschuss des Bundesraths für Handel und Verkehr erklärte sich, wie wir schon früher berichteten, mit den Beschlüssen der Commission im Allgemeinen einverstanden und in der Sitzung des Bundesrathes selbst stimmte dieser (siehe Nr. 6 der Wochenschr.), ihm bei, so dass im nächsten Jahre die verlangte statistische Zusammenstellung stattfinden dürfte. Dass der Bundesrath sogar gesonnen ist, von den durch die Commission ausgearbeiteten beiden Gesetzentwürfen, betreffend Anzeigepflicht und Leichenschau, auch den letzteren dem deutschen Reichstage zur Beschlussfassung vorzulegen, steht jetzt durchaus fest, trotzdem man sich in dieser Session auf einen sehr heftigen und zeitraubenden Widerstand gefasst machen muss.

Andererseits aber drang nunmehr im Reichskanzleramte wie im Bundesrathe die Ueberzeugung durch, dass die soviel umfangreicher gewordenen hygienischen Forderungen an das Reich auf dem bisherigen Wege auch nicht annähernd mehr zu erfüllen seien. Herr Delbrück hatte in der oben erwähnten Reichstagssitzung die Art und Weise geschildert, in der man bisher vorgegangen sei. Es sei ja schon wiederholt das Bedürfniss fühlbar geworden, in einzelnen Fällen sich eines sachverständigen medicinischen Gutachtens zu bedienen. „War die Sache eiliger, wie z. B. bei der Ausführung des Rinderpestgesetzes, so war das Reichskanzleramt auf die Güte des Preussischen Cultusministeriums angewiesen,

welches selbst wieder auf die Preussische Deputation für Medicinalwesen oder das Lehrcollegium der Thierarzneischule recurrirte“. „Auf diese Weise hat sich das Reichskanzleramt schliesslich seine technischen Autoritäten verschafft.“

Offenbar durfte das Reichskanzleramt nicht weiter allein auf den guten Willen der Einzelstaaten, speciell Preussens angewiesen bleiben, sondern musste sich seiner eigenen ihm verantwortlichen Beamten bedienen können. Dem so zu Tage liegenden Bedürfnisse konnte nun allerdings dadurch entsprochen werden, dass dem Reichskanzleramt für die Bearbeitung der die öffentliche Gesundheitspflege und die Sanitätspolizei berührenden Fragen etwa zwei technisch gebildete vortragende Räte zur Disposition gestellt wurden, während ein eigentliches Gesundheitsamt für spätere Zeit in Aussicht genommen blieb. Reichskanzleramt und Bundesrath, von letzterem ist dabei die eigentliche Initiative genommen worden, haben es aber vorgezogen, sofort die Bildung eines Reichsgesundheitsamtes im Etat für 1876 zu beantragen. Dasselbe soll bestehen aus einem Director mit 9000 Mark und zwei Mitgliedern mit 6000 resp. 5400 Mark Gehalt, abgesehen von den Wohnungsgeldzuschüssen. Dazu kommen noch zwei Bureaubeamte, ein Canzleisecretair und ein Canzleidner, so dass die ganze verlangte Summe 29,280 Mark beträgt.

Die dem Etat beigegebene Denkschrift spricht sich über die Befugnisse der neu zu schaffenden Behörde mit der wünschenswertheiten Präcision aus. Ihren Ausführungen zufolge weist die Bestimmung des Art. 4 Nr. 15 der Reichsverfassung, welche Maassregeln der Medicinal- und Veterinärpolizei dem Reiche überträgt, auf die Schaffung eines Organes hin, welches vermöge seiner Sachkenntniss das Reich in den Stand setzt, die Zweckmässigkeit der zu treffenden Maassregeln vom technischen Standpunkte aus zu beurtheilen. Dasselbe ist schon unentbehrlich, um eine umfassende medicinische Statistik herzustellen. Die Erfolglosigkeit aller bisherigen darauf gerichteten Bestrebungen ist wesentlich dem Umstande zuzuschreiben, dass es bisher an einer Stelle gefehlt hat, welche im Stande war, die auseinandergehenden Bestrebungen zu einheitlichem Handeln zu vereinigen und namentlich das ärztliche Personal zu gemeinsamer Thätigkeit zu verbinden.

„Was die Stellung dieses Organs betrifft, heisst es weiter, „so soll dasselbe dem Reichskanzleramte unmittelbar untergeordnet sein und einen lediglich beratenden Charakter tragen. Seine Aufgabe wird sein, das Reichskanzleramt sowohl in der Ausübung des ihm verfassungsmässig zustehenden Aufsichtsrechts über die Ausführung der in den Kreis der Medicinal- und Veterinärpolizei fallenden Maassregeln, als auch in der Vorbereitung der weiter auf diesem Gebiete in Aussicht zu nehmenden Gesetzgebung zu unterstützen, zu diesem Zwecke von den hierfür in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Einrichtungen Kenntniss zu nehmen, die Wirkungen der im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege ergriffenen Maassnahmen zu beobachten und in geeigneten Fällen den Staats- und den Gemeindebehörden Auskunft zu ertheilen, die Entwicklung der Medicinalgesetzgebung in ausserdeutschen Ländern zu verfolgen, sowie eine genügende medicinische Statistik für Deutschland herzustellen.“

Zu dem Ende dürfte die Behörde aus drei Personen — zwei Aerzten, bezw. einem Arzte und einem Statistiker und einem Verwaltungsbeamten — zu bilden sein und in Berlin ihren Sitz haben. Ueber diese Anzahl wird bis zu weiterer Erfahrung umso weniger hinauszugehen sein, als ohnehin bei der Vorbereitung besonders wichtiger Maassregeln der Medicinal- und Veterinärpolizei die zeitweise Einberufung von Sachverständigen aus den einzelnen Bundesstaaten unentbehrlich sein wird.“

So ist man denn der viel verspotteten und viel getadelten Petition, welche die hygienische Section der deutschen Naturforscherversammlung wiederholt einbrachte, anscheinend gerecht geworden. Freilich in anderer Weise als damals gewünscht und gehofft wurde! Indessen mag auch die Ansicht ihre Berechtigung haben, dass man sich vorläufig lieber auf den zuerst genannten Weg hätte beschränken sollen, weil man dann ein Gesundheitsamt mit ganz anderen Befugnissen, wenn auch erst später, erwarten konnte, abgelehnt darf die neue Etatposition von den Freunden der öffentlichen Gesundheitspflege im Reichstage nicht werden. Mögen die Competenzen des Amtes noch so eingengt werden, zweifellos wird eine Erweiterung ihrer Grenzen unvermeidlich eintreten müssen. Die Unterstützung, die das Reichskanzleramt von dem Reichsgesundheitsamt in Bezug auf sein Aufsichtsrecht „über die Ausführung der in dem Kreis der Medicinal- und Veterinärpolizei fallenden Maassregeln“ erwartet, wird bald genug eine directe Einwirkung des letzteren z. B. durch besondere Commissarien herbeiführen. Mit einem Worte, der Anfang ist gemacht und es wäre fehlerhaft auf das Erreichbare zu verzichten, weil es keineswegs das Gewollte vollständig enthält. Bei guter Leitung und wenn Politiker und Staats- und Communalbeamte, ärztliche und andere Techniker fortfahren, die öffentliche Gesundheitspflege jeder in seinem Kreise zu fördern und dem Reichsgesundheitsamt mit Rath und That zur Seite stehen, wird auch das erreicht werden, was jene Petition für nothwendig erklärt.

Eine Bedingung muss freilich erfüllt werden, soll das neue Amt nicht in dem beliebten bürokratischen Schematismus, dem schon so Vieles zum Opfer gefallen ist, zu Grunde gehen. Schwieriger und zahlreicher noch sind die ihm und speciell seinem Director zugewiesenen Aufgaben, als die, welche einst John Simon übernahm und so ruhmvoll zur Lösung zu bringen wusste. In England — ein einheitliches Staatswesen, ein durchgebildetes Selfgovernment, eine Presse, die seit Jahren das Interesse für die öffentliche Gesundheitspflege rege hielt. Bei uns — Zersplitterung fast überall nur Anfänge und die öffentliche Meinung in kühler ablehnender Stimmung. Unter solchen Verhältnissen tritt der neue Director sein Amt an und soll es sofort gegen eine missgünstige Bürokratie in den Einzelstaaten, dann aber vor allem im Reichstag vertreten. Dass er mit der Wissenschaft und Praxis der Hygiene vertraut sei, und dies durch selbständige Arbeiten oder eine hervorragende amtliche Thätigkeit hinreichend documentirt habe, ist selbstverständlich. Ihm dürfen aber auch die Gesetzgebung und die Verwaltungsgrundsätze der anderen Culturstaaten auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege nicht fremd sein, denn wer dort nicht zu Hause ist, wird über die rohe Empirie niemals hinauskommen. Das neue Gesundheitsamt ist ferner geschaffen worden, um Gesetze vorzubereiten, neue Maassregeln

zu beurtheilen und zur Durchführung zu bringen, und dadurch werden an seine Mitglieder weitere nicht minder schwere Forderungen gestellt. Das Reichsgesundheitsamt bedarf endlich wie gesagt einer tüchtigen und geschickten Vertretung im Reichstage. Naturgemäss liegt sie vorzugsweise dem Director ob, für den daher noch eine ganz specielle Befähigung nach dieser Seite hin mehr als wünschenswerth ist. Man wende nicht ein, es würden hier zu grosse, ideale Forderungen gestellt. Bei genauer Erwägung der Stellung und der Aufgaben, denen das neue Amt sich zu widmen hat, wird man sich der Einsicht nicht verschliessen können, dass keine jener Forderungen entbehrt werden kann und ein Blick auf die Männer z. B., welche bisher an der Spitze des englischen Gesundheitswesens standen, lehren durch ihre eigene Persönlichkeit, welche Eigenschaften nothwendig sind, um auf diesem Platze erfolgreich wirken zu können.

P. Börner.